

Laibacher Zeitung.



Nr. 241.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Samstag, 19. Oktober.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1878.

Amtlicher Theil.

Am 17. Oktober 1878 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLVI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter:

Nr. 125 die Verordnung des Justizministeriums vom 2. Oktober 1878, betreffend die Zuweisung der Ortschaft Bielanta zu dem Sprengel des Bezirksgerichtes Neumarkt in Galizien; Nr. 126 die Verordnung des Finanzministeriums vom 11ten Oktober 1878, betreffend die Behandlung der Kübler für Hejemaische bei der Pauschalierung der Branntweinsteuer nach der Leistungsfähigkeit des Maßdraumes. („W. Ztg.“ Nr. 246 vom 17. Oktober 1878.)

Nichtamtlicher Theil.

Der Herr Reichsraths- und Landtagsabgeordnete Martin Gottschewar in Gurkfeld hat dem Landespräsidium den Betrag von einhundert Gulden mit der Widmung für hilfsbedürftige Familien der einberufenen Reservisten aus Krain übergeben.

Indem dieser Betrag unter Einem seiner Bestimmung zugeführt wird, wird dem edlen Spender der wärmste Dank ausgesprochen.

Die Vereinsleitung des allgemeinen krainischen Militär-Veteranenvereins in Laibach hat dem Landespräsidium den Betrag von fünfzig Gulden mit der Widmung für Unterstützung von verwundeten Kriegern zukommen lassen. Auch hat dieser Verein zur Bethellung der Verwundeten je fünfzig Stück neue Hemden und Unterhosen an die Spitalleitung in der Peterskaserne bereits abgegeben und zugleich die Bereitwilligkeit ausgedrückt, dem Frauenvereine auf Wunsch seine Dienste anzubieten.

Indem obiger Betrag unter Einem seiner Bestimmung zugeführt wird, wird für diese patriotischen Widmungen der wärmste Dank ausgesprochen. Laibach am 17. Oktober 1878.

Vom k. k. Landespräsidium.

Oesterreich und die Pforte.

Wie aus Konstantinopel vom 16. d. M. berichtet wird, scheint der ungünstige Eindruck, welchen die letzte türkische Circulardepesche bei allen Kabinetten der Großmächte hinterlassen hat, nicht ohne Wirkung auf dem in den letzten Tagen bemerkbar gewordenen Verhalten der Pforte zu äußern, und k. österreichisch-ungarischen Botschafter

Grafen Zichy die Verhältnisse zu erörtern, welche auf die zwischen der Pforte und Oesterreich-Ungarn ob-schwebenden Fragen Bezug haben. In diesen Besprechungen ist auch die Eventualität der militärischen Occupation des Distriktes von Novibazar durch die k. und k. Truppen, und zwar seitens des Großveziers, in spontaner Weise berührt worden. Aus dieser Thatsache will man in den der Pforte nahestehenden Kreisen auf eine seitens dieser letzteren nunmehr zutage tretende größere Geneigtheit schließen, mit Oesterreich-Ungarn zu einer Art militärischen Abkommens wegen der Besetzung des Distriktes von Novibazar zu gelangen. Wie weiter versichert wird, soll es an Rathschlägen einzelner Großmächte nicht fehlen, welche geeignet wären, die etwa vorhandenen Intentionen der Pforte in dieser Richtung zu bestärken. Schließlich wird der „Pol. Kor.“ noch gemeldet, daß Savfet Pascha von den auf die Angelegenheit von Novibazar bezugnehmenden Erörterungen Anlaß genommen habe, dem Grafen Zichy Aufschlüsse über den Zweck der Truppenconcentration zu geben, welche die Pforte im Vilajet von Kosovo veranlaßt. Die Motivierung dieser Maßregel fällt mit dem Hinweise auf die Nothwendigkeit zusammen, eventuell gewisse Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages gewaltsam gegen die renitente albanesische Bevölkerung durchzuführen zu müssen.

Zum gleichen Gegenstande schreibt man den „Times“ unterm 14. d. M. aus Konstantinopel: „Ueber die diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und dem Wiener Kabinett circulieren viele falsche Gerüchte. Die wahre Sachlage ist folgende: In den letzten Ministerräthen wurde die Idee einer auf die Occupationbedingungen bezüglichen Convention aufgegeben und beschlossen, gegen das Vorrücken der österreichischen Truppen in der Richtung von Novibazar zu protestieren. Es wurde daher am letzten Sonntag Karatheodori Pascha telegrafisch beordert, das österreichische Kabinett zu informieren, daß die türkische Regierung keine Hoffnung auf den Abschluß einer beide Theile befriedigenden Convention habe und sich darum einfach an die Erklärung der österreichischen Bevollmächtigten beim Berliner Kongreß bezüglich der Ziele der österreichischen Occupation halte. Ferner wurde eine Note ausgearbeitet, welche gegen das Vorrücken der Oesterreicher auf Novibazar protestiert, da dasselbe den Widerstand der Albanesen hervorrufen würde, und die Mittheilung enthält, daß die Pforte die Mächte ersuchen werde, ihren Einfluß auf das Wiener Kabinett geltend zu machen, um weiteres unnöthiges Blutvergießen zu vermeiden. Der Sultan bestand darauf, daß dieser Note hinzugefügt werde, eine Mißachtung dieses Protestes schließe eine Verletzung des internationalen Rechts und einen Eingriff in die

souveränen Rechte des Sultans ein. Der Großvezier protestierte gegen die Einschaltung dieser Phrase aufs heftigste und bat, da er den Sultan hartnäckig fand, um seine Entlassung. So stand die Angelegenheit für einige Zeit, bis schließlich der Sultan in eine mildere Abfassung der Note willigte.“

Zur Stimmung in Bosnien.

Einen Beitrag zur Kennzeichnung der in Bosnien seit Durchführung der Occupation in vieler Hinsicht wesentlich veränderten Stimmung finden wir in einem Berichte, welcher der „Pol. Kor.“ aus Nordbosnien vom 11. d. M. zugeht. In demselben heißt es:

„Es ist selbstverständlich, daß die Christen beider Riten die Wohlthat, welche die Occupation bereits für sie gezeigt hat, vollkommen zu würdigen verstehen. Die Loyalität, welcher sie für Oesterreich-Ungarn nunmehr bei jeder Gelegenheit Ausdruck geben, ist keine geheuchelte und keine erkünstelte; in allen Kutschas wird die so sehr zum Bessern geänderte Lage nicht nur lebhaft besprochen, sondern auch freudig empfunden und mit Dank für den Kaiser Franz Josef anerkannt. Die Katholiken sehen ihre von jeher gehegten Hoffnungen in vollständiger Weise realisiert. Die Griechisch-Orthodoxen, in deren Mitte der Same groß-serbischer Ideale ausgestreut wurde, danken Gott und allen Svetci (Heiligen), daß es dem Tjesjar gefallen hat, das Befreiungswerk zu vollziehen, für welches, wie die Ereignisse nun unwiderleglich gelehrt haben, Serbien absolut nicht die Kraft gehabt hätte und sie auch in einer näheren oder weitem Zukunft nie haben würde. Ein griechisch-orthodoxer Parrer Namens Milosenic, der es liebte, die omladinistischen Hirngespinnste zu propagieren, äußerte sich offen, daß Serbiens Macht in Bosnien zusammengebrochen wäre und die Serben sogar das Schicksal der bosnischen Rajah hätten theilen müssen.“

„Wenn man die Stimmung in Nordbosnien eingehend zu prüfen sich angelegen sein läßt, so kann man die Wahrnehmung machen, daß in den muhamedanischen Kreisen eine doppelte Strömung herrsche. Ein guter Theil unter den Muhamedanern hat sich bereits mit der Occupation abgefunden. Diese halb und halb versöhnten Elemente rekrutieren sich theilweise aus dem großen Grundbesitz, den Handelsleuten, den Gewerksleuten und dem Bauernstand. Die Renitenz concentrirt sich zumeist in der muhamedanischen Geistlichkeit, einem Bruchtheil der verarmten Begg, die von der Hoffnung erfüllt sind, im Trüben fischen zu können, sowie in jener „Fufara“, welche das schmutzige Proletariat Bosniens repräsentiert und sich vom Ventergeruche angezogen fühlt. Der Rest der Insurgenten

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

17. Oktober.

Wie vieles sich seit dem deutsch-französischen Kriege in den socialen Zuständen Frankreichs und in seinen Beziehungen zum Auslande geändert haben mag, Eins ist dasselbe geblieben: die Pariser Mode und das Pariser Theater beherrschen noch immer den Continents. Mode und Theater stehen auch im engsten Zusammenhang, eins unterstützt das andere, sie arbeiten gegenseitig in die Hände, und mit manchem neuen Stücke wird auch ein Stück neuer Mode bei uns importiert. Man hört hier öfter mit Stolz und Befriedigung äußern, wenn Paris die erste Theaterstadt der Welt sei, so ist Wien jedenfalls die zweite, und in der That ist das Theaterleben hier ebenso rege wie in Paris, es übt auch denselben Einfluß auf die socialen Zustände aus. Was die Zahl der Theater beträgt, verhältnismäßig nämlich, denn es hat sieben große und sechs kleine Theater und bringt, wenn die Sommertheater und Arenen hinzugezählt werden, wol an zwanzig zusammen, während Paris bei einer mehr als dreimal so großen Bevölkerung nur achtundvierzig Theater zählt. Da nun das Theater ein so wichtiger Factor in unserem Leben ist, so zwingt das von selbst, ihm bisweilen eine besondere Betrachtung zu widmen, besonders wenn man Wiener Zustände und Verhältnisse stüdiert.

Die Theatersaison hat heuer unter ziemlich günstigen Auspicien begonnen; das Publikum war durch die totale Pause im Sommer sehr ausgehungert, es entwickelte eine ungewöhnliche Theaterlust, und wenn es den Direktoren gelingt, diese Stimmung zu erhalten, so kann sich der Verlauf der Saison recht vortheilhaft für sie gestalten. Um diese Theaterlust rege zu erhalten, gibt es nach der Ansicht unserer Bühnenleiter nur Ein Mittel: stets Novitäten zu bringen oder interessante Debuts und Gastspiele zu veranstalten. Das Burgtheater theilt sich an dieser Novitätenjagd prinzipiell nicht, hat es auch gar nicht nötig, wenn es nur sein klassisches Repertoire abspielt, macht es schon brillante Geschäfte. Die Hofoper würde es den anderen Theatern in dieser Beziehung gerne gleichthun, wenn nur Opernovitäten keine so große Seltenheit wären. Bis jetzt haben beide Hofbühnen auch nur je eine Novität gebracht, das Burgtheater ein vieractiges Drama von Paul Lindau: „Johannistrieb“, und die Hofoper die Gounod'sche Oper: „Philemon und Baucis“, nebst einem Ballett: „Naila oder Die Quellenfee“, von Delibes. Das Lindau'sche Stück hat Erfolg gehabt, weniger durch sich selbst, als durch das meisterhafte Spiel der Burgtheater-Mitglieder. Der Stoff ist etwas abstrus; der Verfasser will darthun, daß, wie es einen zweiten Safftrieb im Pflanzenreiche gebe, Johannistrieb genannt, es im Menschenleben auch eine zweite Liebe gebe, eben so tief und leidenschaftlich wie die erste. Das psychologische Moment ist es aber nicht, das in dem Lindau'schen Stücke fesselt, mehr sprachen die eingefügten Lustspieljzenen an. Lindau ist ein geschickter Bühnenschriftsteller, der sich auf

Effekte versteht, ein Dichter aber ist er nicht, man merkt seinen Stücken zu sehr an, daß sie gemacht sind.

Ueber Gounods „Philemon und Baucis“ lauten die Urtheile verschieden, die Musikkenner rühmen daran die geistvollen Rhythmen und lieblichen Melodien, die reiche musikalische Erfindung, Vorzüge, die besonders in einer Arie und einem Bacchantenchor hervortreten, das große Publikum aber findet die Oper herzlich langweilig. Noch langweiliger ist das Ballett, das absolut unverständlich ist. Trotzdem haben beide Novitäten — eigentlich sind es keine, denn die Oper ist schon 18, das Ballett 15 Jahre alt — einen großen Erfolg gehabt, und zwar infolge der überaus prächtigen Ausstattung und guten Aufführung. Die Decorationen des zweiten Actes der Oper sind von einer geradezu verblüffenden Pracht. In dem Ballette wirken neben den Decorationen noch die Massengruppierungen, welche man vielleicht nirgends so präcise und effectvoll sehen kann, als in unserer Hofoper.

Das an künstlerischer Bedeutung den beiden Hofbühnen zunächst stehende Theater ist das Stadttheater, unter der Leitung des bühnenerfahrenen Dr. Laube. Es wurde heuer mit „Preciosa“ eröffnet, allein für dieses unvergänglich schöne Stück fehlten die Darsteller; Fräulein Frank spielte die „Preciosa“ recht gut, sie singen hören, war weniger angenehm. Die Direction setzte die „Preciosa“ auch bald wieder vom Repertoire ab und griff zu älteren französischen Dramen, wie „Lady Tartuffe“ von Frau v. Girardin. Auch holte sie ein älteres Lustspiel von Spielhagen hervor: „Hans und Grete“, welches etliche male im Burgtheater gegeben worden war, aber dann beseitigt wurde,

Nordbosniens, welche sich in den Wäldern und Bergen herumtreiben, so wie jene Abenteurer, welche in der Bergfeste Kladas noch Stand halten, gehören sammt und sonders, wie man versichern kann, diesen letzteren Elementen an, deren Bedeutung man weit überschätzen würde, wenn man sie mit dem Namen „Insurgenten“ belegen wollte. Es sind desperate Beutegeier, es sind Hajduken, wie solche seit Jahrhunderten Bosnien aufzuweisen hatte und wie sie vielleicht noch geraume Zeit hindurch, wenn auch unzweifelhaft in bedeutend reducirter Anzahl, in diesem seit einem halben Jahrtausend vernachlässigten und furchtbar misregierten Lande fort-hauchen dürften.

Die Varosi (Städte), Palanka (Marktflecken) und Sela (Dörfer) haben abermals ihre gewöhnliche Physiognomie angenommen, ja man kann sagen, es pulsiert sogar ein regeres Leben überall, denn niemals früher. Die Bevölkerung kommt seit Monaten zum ersten male zum wirklichen Gelde, da die unglückseligen Kaimes doch niemals einen sicheren Werth hatten. Die österreichisch-ungarischen Intendantursbeamten kaufen Proviant, Gemüse, Geflügel, Eier, Wein, Rakija (leichten Branntwein) auf und zahlen für alle diese Artikel coulant und inbarer Münze. Die Befürchtung, welche man sogar vom Auslande her hier zu verbreiten suchte, daß die Oesterreicher durch Requisitionen das Volk ansaugen würden, hat sich nicht bestätigt. Im Gegentheile, die Befreier zahlen für alles gut und bar. Die Bauern sind freuderküllt darüber und lassen den Kommandanten ihre Dankbarkeit in schlichten, aber aufrichtig gemeinten Worten ausdrücken.

Das politische Programm des italienischen Kabinetts.

Der italienische Ministerpräsident, Herr Cairoli, hielt am 15. d. M. bei einem von seinen Wählern ihm zu Ehren in Pavia veranstalteten Bankette die bereits vor mehreren Tagen angekündigt gewesene Rede, in welcher er die Acte seiner Verwaltung und die Anschauungen, von welchen dieselbe geleitet ist, resumirte und in allgemeinen Strichen das politische Programm des italienischen Kabinetts entwickelte. Cairoli's Auslassungen gipfelten im wesentlichen in nachstehenden Punkten:

Achtung des Gesetzes — sagte der Ministerpräsident — war und wird immer das Grundprinzip der Regierungspolitik sowohl hinsichtlich des Vereins- wie des Versammlungsrechtes sein. Die Wahlfreiheit muß eine vollkommene sein.

Die finanzielle Frage berührend, erklärte Cairoli, daß das Kabinetts auf seinen Entschliessungen hinsichtlich der Reduction und späteren gänzlichen Aufhebung der Wahlsteuer beharre. Die Lage des Staatsschatzes gestatte diese Maßregel, welche vom Lande mit Recht seit langem gefordert wird. Das Budget für 1879 weist einen Einnahmen-Ueberschuß von 60 Millionen auf; die entfallende Steuer braucht daher nicht ersetzt zu werden, unvorhergesehene Ereignisse ausgenommen, in welchem Falle das Land sich nicht weigern würde, ein neues Opfer zu ertragen. Die Einführung des allgemeinen Tarifes im Verkehre zwischen Italien und Frankreich, zu welcher die Erfordernisse der Lage nöthigten, hat die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder durchaus nicht getrübt, noch die Hoffnung auf das baldige Zustandekommen einer Vereinbarung beeinträchtigt. Die Verhandlungen mit Oesterreich ver-

sprechen einen guten Erfolg. Auch mit der Schweiz wurden dieselben wieder aufgenommen. Die Regierung des Königs bleibt der Methode der Conventionaltarife treu.

Die kirchliche Frage anlangend, läßt sich das Kabinetts von der scrupulösesten Achtung des in Kraft bestehenden öffentlichen Rechtes leiten, ohne schwach oder aggressiv sein zu wollen. Die Regierung werde der Kammer Gesetzentwürfe über die Wahlordnung und Verwaltungsreform vorlegen.

Auf die auswärtige Politik übergehend, constatirte Cairoli, das Werk der Zeit habe bereits viele Irrthümer corrigiert. Die italienischen Bevollmächtigten, welche in Berlin treue Dolmetsche der ihnen von der Regierung des Königs zugegangenen Weisungen waren, sehen heute, wie auch die öffentliche Meinung Italiens das Urtheil ratificiert, welches das gesammte liberale Europa über ihre Haltung auf dem Kongresse gefällt hatte. Indem sie der von den Verhältnissen vorgezeichneten Richtschnur folgten und sich genau auf die verschönlchte Rolle beschränkten, welche der einstimmige Wille des Landes der Regierung angewiesen hatte, bemühten sich die italienischen Bevollmächtigten, nach Maßgabe der Möglichkeit speziell mit Bezug auf Rumänien und Griechenland den Grund-sätzen Geltung zu verschaffen, welche die Grundlagen unseres nationalen Bestandes sind. Sie unterstützten lebhaft alle der Religions- und der Handelsfreiheit gemvidmeten Berathungen.

Was die Occupation Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich betrifft, so haben die italienischen Bevollmächtigten, den ihnen zugegangenen Weisungen gemäß, dem einstimmigen Votum ihrer Collegen nicht opponiert und sich auf die Formulierung von Forderungen beschränkt, welche eine bessere Feststellung des Charakters der Occupation bezweckten.

So ist Italien aus dem Kongresse hervorgegangen, ohne sich den Gefahren der Isolirung oder den Chancen abenteuerlicher Unternehmungen ausgesetzt zu haben. Es befindet sich heute — und will dies auch fernerhin — allen Mächten gegenüber in herzlicher Freundschaft und wird an einer festen, würdigen und jeder gewagten Belleitid fremden Politik festhalten.

Der Conseilspräsident schloß seine Rede mit einem Trinkspruch auf das Vaterland und den König, welcher als Erbe der väterlichen Tugenden Italien seinen glorreichen Geschicken entgegenführt.

Tagesneuigkeiten.

(Ankunft eines ostindischen Königs in Wien.) Am 14. d. M. ist in Wien der ehemalige Herrscher des einstigen selbständigem Königreiches Oude (Audh) in Ostindien, Hadshi Abdullah-Singhs, mit großem Gefolge eingetroffen und im Hotel „zum goldenen Lamm“ in der Praterstraße abgestiegen. Der von den Engländern vertriebene und nach Bagdad verbannte König, der sich rundweg Prinz Hadshi Abdullah-Singhs nennt, befindet sich gegenwärtig auf der Reise nach London und ist gesonnen, von Ihrer Majestät der Königin Victoria von England die Erlaubnis zu erwirken, in seine Heimat zurückkehren zu dürfen. Der indische Prinz soll Willens sein, als Garantie, daß er der englischen Regierung nie mehr Verlegenheiten bereiten werde, sein ganzes, in der Englischen Bank angelegtes Vermögen, angeblich in der Höhe von 30 Millionen Pfund Ster-

ling, anzubieten. Die Sehnsucht nach der Heimat und das Bewußtsein, daß, wenn einft der Tod an ihn herantritt, seine Leiche in heimatlicher Erde ruhen werde, sollen die einzigen Gründe sein, die Hadshi Abdullah-Singhs leiten, von der Königin die Erlaubnis zur Heimkehr zu erbitten. Dienstag nachmittags besuchte der englische Militärattaché, Mr. Ferningfen, den inöschlichen Prinzen in seinem Hotel. Letzterer machte hierauf dem ottomanischen Botschafter, Effad Bey, eine Visite, welche dieser tags darauf erwiderte.

(Belohnung eines Unteroffiziers.) Der Pester Bürger Herr Gustav Emich hatte vor einiger Zeit an den Oberkommandanten Baron Philippovich eine Staatsobligation im Nominalbetrage von hundert Gulden mit dem Erfuchen eingeschickt, es solle dieser Betrag einem ungarischen Unteroffizier ausbezahlt werden, der sich besonders ausgezeichnet hat. Dierstags nun erhielt Herr Emich vom Oberkommandanten einen Brief, in welchem der Spender verständigt wird, daß das Geld auf Grundlage des einstimmigen Votums einer Kommission dem mit der goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichneten Korporal Emerich Szekulic vom Infanterieregimente Bzefarewitsch Nr. 61 ausbezahlt wurde. Dem Briefe war ein vom FML. Tegetthoff als Präsident jener Kommission unterfertigter Bericht über die Heldenthat des wackern Korporals beigelegt, wir entnehmen der Erzählung, daß anlässlich des Rückmarsches von Doboönica nach Gračanica die 8. Kompagnie des erwähnten Regiments die Vorhut bildete und dieselbe den Befehl hatte, den Feind aufzuhalten. Als nun die Insurgenten einen Sturm unternahmen, der durch starkes Gewehrfeuer zurückgeschlagen wurde, fiel der in der ersten Linie des Feindes reitende Fahnenräger und ließ die Fahne in einer Entfernung von ungefähr hundert Schritten von den Unsrigen fallen. Auf die Anfrage des Kommandanten, wer den Muth habe, die Fahne zu holen, trat Korporal Szekulic sofort vor und ging in Begleitung noch eines Infanteristen auf das Ziel los. Der letztere kehrte auf halbem Wege um, während Szekulic trotz des dichten feindlichen Feueres vorwärts drang, den Fahnenräger, der ihn mit dem Revolver bedrohte, mit dem Bajonett erstach, ihm die Trophäe abnahm und dieselbe hoch erhoben und ruhigen Schrittes den Unsrigen überbrachte.

(Entbindung im Ballon.) Vorigen Sonntag gegen 3 Uhr war in Paris der Ballon Cabot eben im Begriff, seinen höchsten Punkt zu erreichen, als eine fremde junge Dame, die mit aufgestiegen war, einen Schrei ausstieß und zusammenbrach. Man glaubte zuerst an einen Nerven- oder Schwindelanfall, aber ein Arzt, der sich glücklicherweise auf der Gondel befand, erkannte sogleich, daß die Frau im Begriffe war, zu entbinden. Einer der Luftschiffer gab sogleich die Zeichen zur Niederfahrt. Aber das Kind wollte nicht warten. Ohne einen Augenblick zu verlieren, sich der Arzt seines Amtes, bat die anwesenden Herren, die etwas zurückzuziehen, und schritt zur Entbindung. Ein kräftiger Knabe war einige hundert Meter hoch in der Luft auf die Welt gekommen. Man landete. Die Musik spielte und mischte ihre Klänge in das Geschrei des Knäbleins. Sobald das Luftschiff besetzt und das Stegobrett gelegt war, nahmen die dienstthuenden Arbeiter die junge Frau in ihre Arme und trugen sie in den nächsten Wagen; eine Dame trug den Neugeborenen in ihrem Shawl nach. Der Arzt, ein Fremder aus Tarbes, hatte

weil man in Hoffreisen es übel vermerkte, daß Herr Sonmenthal den Herzog von Koburg copierte. Endlich rückte das Stadttheater mit einer wirklichen Novität heraus, es wurde „Marino Falieri“, von Martin Greif, gegeben, eine Tragödie, die aber keinen durchgreifenden Erfolg errang. Die Kritik behandelte den talentvollen Dichter mehr als nachsichtig, das Publikum aber erklärte, es wolle diesen „Dogen von Venedig“ nicht mehr sehen. Bis dahin war der Besuch des Stadttheaters ein mäßig guter gewesen; nun kam aber das Gastspiel der Frau Baudius-Wilbrandt, und es gab nur ausverkaufte Häuser. Frau Baudius-Wilbrandt war einft ein sehr beliebtes Mitglied des Burgtheaters, allerlei Intrigen und Hänke jedoch hatten sie genöthigt, ihren Abschied zu nehmen. Mit ihr wendete auch ihr Gatte, der Dichter Wilbrandt, dem Burgtheater den Rücken. Nach mehrjähriger Abwesenheit, während welcher der Versuch, sich in Berlin dauernd niederzulassen, mißlang, kehrten sie nach Wien zurück, aber nicht zum Burg-, sondern zum Stadttheater. Frau Baudius-Wilbrandt trat in zwei neuen Lustspielen ihres Mannes auf, in „Der Thurm in der Stadtmauer“ und in „Auf den Brettern“. Sie wurde vom Publikum freundlich bewillkommen und mit Blumen und Beifall überschüttet. Der Erfolg des erstgenannten Lustspiels war ein mäßiger, die Handlung ist zu dürftig, der Stoff zu gesucht; dagegen hatte das zweitgenannte einen großen Suceß; mittags ist schon kein Sitz mehr für den Abend zu haben. Das Stück „Auf den Brettern“ bringt zwar auch nichts neues, der Kampf zwischen Ehe und Theater ist schon oft dramatisirt worden, allein es geht ein frischer Zug durch das Lustspiel. Wenn Herr Wilbrandt einmal aufhören

wird, nur für seine geliebte Auguste zu schreiben, wird er schon wieder Besseres liefern. Das Stadttheater besigt jetzt ein so gutes Personal, daß es sich auch an klassische Stücke wagen kann. Es hat Göthe's „Phygenie auf Tauris“ und das klassische Lustspiel „Donna Diana“ ganz ausgezeichnet aufgeführt und damit das Vorurtheil widerlegt, daß klassische Dramen nur im Burgtheater gut gegeben werden können.

Die sogenannten Vorstadttheater pflegen eine andere Richtung, sie bringen zumeist Operetten, Poffen, Volks- und Spektakelstücke; das feinere Lustspiel, im Karlstheater einft gepflegt, hat sich ins Stadttheater gesüchtet, nach welchem jetzt das Ringtheater, die ehemalige komische Oper, rangiert. Das Ringtheater unter der Leitung Strampfers hat keinen glücklichen Anfang gemacht. Das Anzengruber'sche Volksstück „Alte Wiener“ hat nicht durchgegriffen. Man war bisher der Meinung, daß, wenn jemand die Wiener Volksmuse wieder aus ihrem Schlafe wecken könnte, dies nur Anzengruber vermöchte. Und der erste Versuch ist nicht gelungen. Wenn Strampfer nichts besseres bringt, als er bisher gebracht hat — ein Lustspiel von Sallmayer, „Gleiches Recht“, hatte nur einen Achtungserfolg — so wird das Ringtheater bald das Schicksal der komischen Oper erleben.

Das Theater an der Wien begann die Saison mit einem Spektakelstücke: „Atlantic-Pacific-Comp.“, und als das seine Schuldigkeit gethan, ertönten „Die Glocken von Cornville“, eine Operette von Robert Planquette, welche gut gefiel. Die eigentliche Ernte gedenkt aber Direktor Steiner zu machen, wenn Frau Geistinger und Frau Galmeyr gastieren, was in Valde geschehen soll.

„Neue Besen kehren gut,“ sagt ein Sprichwort, neue Direktoren werden darum immer ein freundliches, gesimtes Publikum finden, besonders wenn sie sich in vieler Sympathien erfreuen, wie Herr Teweke, der neue Direktor des Karltheaters. Herr Teweke versteht sich aufs Geschäft, er wußte recht gut, was er that, als er sich den Bewohnern der Leopoldstadt als Glaubensgenosse empfahl. Er hat auch bis jetzt sich über Mangel an Besuch nicht zu beklagen. Sein Eröffnungsfstück: „Französische Kleinstädter“, hatte einen die nächste Novität: „Die Kammerjungfer“, mit großen Erfolg, obgleich sie nicht geschrieben ist, mit jungen Mädchen für die Ehe zu erziehen. Der „Historische Poffenabend“, den Anton Langer im Auftrage Teweke's zusammengestellt, fiel zwar durch, dafür aber gestaltete sich die letzte Novität: „Niniche“, zu einem seltenen Zug- und Kassenstücke. Es bestätigt sich auch jetzt wieder, daß das Karltheater eine Goldgrube ist, durch die noch jeder Direktor reich geworden ist.

Das Josefstädter Theater endlich, das sich einbrödel unter den Wiener Theatern, eröffnete mit einem Volksstücke: „Blithaug, der Bettlerkönig von Wien“, das ziemlich ansprach, aber ein Luststück ist es nicht geworden. Was die Wiener jetzt in das Josefstädter Theater zieht, ist die „Studiantina Figaro“, eine spanische Studenten-Musikergesellschaft, welche im vorigen Fasching in Paris so Furore machte. Es gafften zwar nur ein Theil dieser Gesellschaft in der Josefstadt, aber der Erfolg derselben ist unbestreitbar. Die Spanier spielen nur Mandolinen und Guitaren, aber zwanzig „Klampfen“ so virtuos und präcis gespielt, daß es Staunen erregt — das macht auch eine Wirtung.

Francis für die Luftfahrt gezahlt; er empfing beim Aussteigen ein Honorar von 500 Francs. Die Kerze wissen also jetzt, wo eine einträgliche Kundschaft zu finden ist. Der Vater ist der Sohn eines der größten Manufacturisten von Manchester. Seine Frau wollte durchaus in den Ballon steigen, und in ihrem Zustande sind die Gelüste bekanntlich unwiderstehlich. Mutter und Kind befinden sich wohl. Das letztere wird jedenfalls mit Recht den Titel: „Se. Hochgeboren“ führen dürfen.

Lokales.

Krainischer Landtag.

11. Sitzung.

Laibach, 12. Oktober.

(Schluß.)

Abg. Deschmann spricht für den Gesetzentwurf. Die Einwürfe, welche gegen den Gesetzentwurf gemacht wurden, schilderte man so grauenhaft, doch gilt auch hier das Sprichwort, daß der Teufel nicht so schwarz ist, als man ihn malt. Einerseits wird der Gesetzentwurf deswegen bekämpft, weil man angeblich nicht genügend Zeit habe, denselben genau durchzugehen, und doch haben die seitens der andern Seite des Hauses gesprochenen Reden das beste Zeugnis davon gegeben, in welcher Genauigkeit die Herren das Gesetz einem eingehenden Studium unterworfen haben. In erster Linie fand man sich berufen, für die gekränkten Rechte der Ortschaftsräthe einzutreten, doch ist ja allgemein bekannt, daß sich diese um ihre zu solcher Bedeutung aufgebauchten autonomen Rechte gar nicht kümmern, ja daß es von sehr vielen derselben schwer hält, auch nur eine Rechnung zu erlangen. Der Stadtgemeinde Laibach kann es nur von Vortheile sein, wenn der Ortschaftsrath mit dem Bezirksschulrath zum Stadtschulrath vereinigt wird, da diese Vereinigung die Manipulation wesentlich vereinfachen wird. Zudem hat ja die Stadtgemeinde ihren Vertreter im Landes-Ortschaftsrathe, der ihre Rechte wahrer wird. Sehr sonderbar hören sich die Klagen der Herren Gegner darüber an, daß man die Rechte der Stadt Laibach kürze. Und doch, als die frühere nationale Majorität das jetzt gültige Volksschulgesetz schuf und auf dem Reichsschulgesetz der Stadt Laibach einen Platz im Landes-Ortschaftsrathe hätte schaffen können, da wollte sie nichts davon wissen, und hat so der Großtheil des Landes ein ihr gebührendes Recht durch Jahre vorenthalten. Die Classificierung der Lehrer seitens der Lehrerschaft gewiß freudig begrüßt werden, da die Systemlosigkeit hiemit zu Ende geht. Die Zwangsmaßregeln gegen die Ortschaftsräthe, welche in dem Gesetze aufgenommen sind, wurden lebhaft bekämpft, aber die Herren wissen sehr genau, daß es auch im Gebiete der Strafenwesen manche Corporationen gibt, welche ohne Zwang überhaupt nichts zu erreichen vermögen. Der Einfluß der Bezirkshauptleute, ihre Amtsfähigkeit u. wurde in einer Weise geschildert, als ob erstere mit dem Volke wie Wütheriche umgehen würden. Nun, da muß man wol fragen, wo jenes so einflüßvolle muthige Volk bleibt, das die Herren erst kürzlich priesen, wenn es sich in Wirklichkeit so behandeln läßt. Es ist seitens eines Redners der gegnerischen Partei behauptet worden, daß auch der Geistliche im Ortschaftsrathe mit der Regierung gemeinsame Sache machen und sich gegen das Volk lehnen könnte. Der Herr Redner wird dem betreffenden Herrn für dieses Mißtrauen recht besonders verbunden sein, und es ist leicht so geringes Vertrauen setzt. Jämmerhin aber ist es ein Beleg dafür, wie sehr die Phantasie der Herren auf der andern Seite des Hauses erhitzt sein muß, wenn sie schon zu solchen Behauptungen die Zuflucht nehmen muß, um den Gesetzentwurf zu beseitigen.

Besonders angegriffen wurde auch jene Bestimmung des Gesetzes, welche den Ortschaftsräthen das Präsentationsrecht entzieht. Bis jetzt konnte sich eine Gemeinde ihres Lehrers, der seinen Pflichten nicht nachkam, nicht anders entledigen, als wenn es ihr gelang, eine andere Gemeinde zu finden, die denselben präsen- tierte. Dies war aber in vielen Fällen nicht möglich, und die Gemeinde mußte, ob sie nun wollte oder nicht, den Lehrer behalten. Diesem Uebelstande ist durch den vorliegenden Gesetzentwurf gründlich abgeholfen. Die Behauptung, daß die Ortschaftsräthe auf das Recht der Lehrerernennung einen so großen Werth legen, ist einfach nicht wahr, sie werden vielmehr froh sein, desselben entbunden zu sein. Die Stadtgemeinde Laibach hat zum Ersatz dafür, daß sie das Lehrerernennungsrecht verliert, ein kostbares Geschenk erhalten, nämlich ihre Vertretung im Landes-Ortschaftsrathe. Das bisherige Recht des Landesauschusses, zwei Mitglieder aus dem Lehrstande vorzuschlagen, hat für das Land von keinem besonderen Werthe und Anlaß gegeben. Die zwei vom Landesauschusse ausgesendeten Mitglieder in den Landes-Ortschaftsrath entsendeten Mitglieder haben genügend Gelegenheit, die Interessen des Landes zu wahren, und hätten die beiden bisherigen Vertreter des Landesauschusses die Sitzungen des Landes-Ortschaftsrathes besucht, so kann man überzeugt sein, daß, wenn sie daselbst ihre begründeten Einwendungen

vorgebracht hätten, hinsichtlich der Schulbauten maßvoller vorgegangen und dem Lande manche Kosten erspart worden wären. Das Land entäußert sich seiner Rechte gar nicht, es stimmt nur zu, daß das Schulwesen mehr concentrirt und auch bezüglich der Lehrerernennung von einer Stelle aus geleitet wird.

Man hat so viel des Lobes darüber gehört, was der Clerus für die Schule gethan, diesbezüglich ist jedoch Freiherr von Helfert, der bekanntlich kein „Liberaler“ ist, ganz anderer Anschauung, denn als man unter der Kaiserin Maria Theresia in Krain ein geregelteres Volksschulwesen einführt, hatte man die größten Kämpfe mit dem Clerus zu bestehen, der sich dagegen mit aller Macht auflehnte. Vom Staate wird das wol niemand sagen können, dieser hat stets und überall, wo es nur möglich war, das Schulwesen gefördert. Die wichtigste Controlle über das gesammte Volksschulwesen besitzt noch immer das Land, und zwar jene, wo es sich um die Ausgabe von Geldmitteln handelt, nämlich bei Berathung des Normal- schulfonds-Präliminans. Man hat heute bei Besprechung der Zusammenziehung der Schulbehörden auch viel mit Ziffern gespielt und dann die beliebte Methode prakticirt, alles, was nicht national ist, als Kreaturen zu bezeichnen. Man sollte doch denken, die Herren der Gegenpartei wären wenigstens so weit gelangt, in jedem Menschen seine Ueberzeugung zu achten. Auch daß der Gesetzentwurf von einem Mitgliede des h. Hauses eingebracht worden ist, wurde von den Herren der Gegenpartei vielfältig bemängelt. Es ist jedoch viel besser, wenn ein Mann auf Grund praktischer Erfahrungen Änderungen an einem Gesetze beantragt, als wenn dieselben vom grünen Tische aus angeregt werden. Der Antragsteller hat eben als Practicus die Sonde angelegt an das alte Gesetz, und wenn die Operation auch schmerzhaft ist und man viel Jammer hört, so wird sie doch zu dem Zwecke führen, den wir ja alle anstreben — zu einem gesunden Schulwesen.

Abg. Dr. Zarnik wendet sich gegen den Gesetzentwurf. Nach der Schlacht von Königgrätz, als die bekannte Phrase von den preussischen Schulmeistern in Schwung kam, wurde dieselbe in Oesterreich, dessen Journalistik im Phrasenmachen groß ist, eingebürgert, und man begann mit der Modernisierung des Volksschulwesens, in welche sich selbstverständlich der Staat einmischen mußte. In England und Amerika kümmert sich der Staat gar nicht um die Schulen, dieselben sind ganz in Privathänden. Würde er in der Lage sein, ein Schulgesetz zu beantragen, so würde er all diesen schwerfälligen und kostspieligen Apparat beiseite schaffen und das Schulwesen ganz anders einrichten. Die Leiter der Volksschulen sollten die Pfarrer und Kapläne sein, die Bezirksschulinspektoren die Dechanten, welche mindestens ebenso gebildet sind, wie die heutigen Bezirksschulinspektoren. Das wäre ein praktischer, der Schule vortheilhafter und für das Land zugleich billiger Apparat. Der Landes-Ortschaftsrath aber müßte folgende Zusammensetzung haben: Vorsitzender: der Landespräsident; Mitglieder: der Fürstbischof als Vizepräsident, zwei Mitglieder des Clerus, hervorgegangen aus der Wahl der Dekane, zwei Abgeordnete des krainischen Landtages, davon einer gewählt aus dem Großgrundbesitze und den Städten und Märkten, der zweite von den Landgemeinden, sowie zwei vom Landesauschusse vorgeschlagene Mitglieder des Lehrstandes, ferner der Vertreter der Stadt Laibach, außerdem die beiden Landes-Ortschaftsinspektoren und der Referent. So wären alle Elemente im Landes-Ortschaftsrathe vertreten, — alle der Schule freundlich gestimmt, und diesem Landes-Ortschaftsrathe sollte die Ernennung der Lehrer übertragen werden.

Referent Abg. Dr. Ritter v. Besteneck vertheidigt in längerer Rede den Gesetzentwurf. Die sehr eingehende Bekämpfung des Entwurfes in der Generaldebatte habe den Beweis geliefert, daß die Herren Gegner desselben genügend Zeit hatten, das Gesetz eingehend zu studieren, und damit haben sie den von ihnen gemachten Haupteinwurf selbst entkräftet. Es wurde wiederholt von anderer Seite des Hauses betont, daß es mit dem Gesetze nicht so eile, man könne noch warten, bis die maßgebende Schulbehörde ihr Votum abgegeben haben wird. Daß es den gegnerischen Herren mit dem Gesetze nicht eilt, daran zweifelt wol niemand, sie werden aber nach einem Jahre gerade so wenig für den Gesetzentwurf einstehen, wie heute, weil es eben Prinzipien sind, die sie bekämpfen. Die sofortige Berathung des Gesetzes hat den Vortheil, daß, sollte dasselbe nicht die Sanction erlangen, man doch im nächsten Jahre wissen werde, welche Bestimmungen abgeändert werden müssen, und es wird so wenigstens in der nächsten Landtagsession gelingen, das Gesetz zu stande zu bringen, sonst würde man sich im nächsten Jahre neuerlich der Gefahr aussetzen, daß man Bestimmungen in dasselbe aufnehmen könnte, welche späterhin nicht die Allerhöchste Sanction erhielten. Der Herr Abg. Dr. Zarnik, welcher ins Detail des Gesetzes einging, hat die Anschauung ausgesprochen, alle Ortschaftsräthe aufzuheben und die Besorgung der Schulangelegenheiten den Gemeinden zu übertragen. Theoretisch mag dies wol als duräsführbar angesehen werden, praktisch geht es jedoch nicht, weil nicht alle

Orte, die zu einer Schule gehören, auch demselben Gemeindeverbande angehören, daher jedenfalls für die Besorgung der jetzigen Agenden des Ortschaftsrathes ein Auskunftsmitglied getroffen werden mußte. Herr Dr. Zarnik hat heute auch einen Zeitungsartikel producirt, in welchem die Aenderung der Schulgesetze besprochen wird, und den er sich, seinem Ausspruche zufolge, eigens für die Schulgesetzdebatte aufbewahrt hat; es ist dies wol ein neuerlicher Beweis dafür, wie wenig stichhaltig die Behauptung der Gegner des Gesetzes ist, wenn sie sagen, es sei in der kurzen Zeit nicht möglich, dasselbe genau zu prüfen. Das jetzt gültige Gesetz wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf nur in vier Hauptpunkten abgeändert, es ist also kein neues Gesetz, das dem Hause vorliegt, sondern nur eine Abänderung des jetzigen, und zwar jener Punkte, welche im Motivenberichte speziell angeführt sind.

Die Herren Gegner belieben auch consequent den wahren Sachverhalt zu entstellen, indem sie fortgesetzt behaupten, der Abänderungsantrag sei nur von der Person des Referenten ausgegangen, wodurch sie ihm eine ganz unverdiente Ehre erweisen, da dies unrichtig ist, denn nicht weniger als achtzehn Herren Landtagsabgeordnete haben den Antrag überreicht. Die Schulaufsichtsbehörden werden nicht durchwegs geändert, nur der Landes-Ortschaftsrath bekommt in der Person des Vertreters der Stadtgemeinde Laibach ein Mitglied mehr. Die Bezirksschulräthe bleiben dieselben wie bisher, nur die Verstärkung des Ortschaftsrathes fällt weg, während der Ortschaftsrath aus solcher bleibt, wie er ist. Der Vertreter der Landeshauptstadt im Landes-Ortschaftsrathe mußte gesetzlich normirt werden, da die frühere Landtagsmajorität der Stadtgemeinde Laibach diese Vertretung vorenthalten hatte, obwohl sie ihr längst gebürt hätte, da die Stadt Laibach diejenige Gemeinde im Lande ist, welche die meisten Lehrer bezahlt und schon vermöge der Intelligenz ihrer Bewohner berechtigt ist, in der obersten Schulbehörde des Landes vertreten zu sein. In allen übrigen Ländern hat man bei der Berathung der Volksschulgesetze auf die Landeshauptstadt Rücksicht genommen, nur in Krain nicht. Daß dagegen das Vorschlagsrecht der Mitglieder des Lehrstandes für den Landes-Ortschaftsrath durch den Gesetzentwurf dem Landesauschusse entzogen wird, ist eine ganz entsprechende Bestimmung, welche in der Spezialdebatte ihre nähere Begründung finden wird. Der Wunsch der Minorität des Hauses, es möge bezüglich der Lehrerernennung beim Alten bleiben, ist nicht annehmbar, da die Ortschaftsräthe dieser Aufgabe gar nicht gewachsen sind, schon wegen der geringen Bildung der meisten ihrer Mitglieder nicht, welche sich nur zu oft vollkommen vom Pfarrer beherrschen lassen, der bei der Anstellung eines Lehrers mehr darauf sieht, ob der Competent ein guter Organist, als ob er ein guter Lehrer ist, und bei dem der Organist stets vor dem Lehrer den Vorzug erhält. Man hat es auch der Regierung unberechtigterweise zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht darauf sieht, daß alle Lehrer im Orgelspiele bewandert wären. Die Regierung sorgt wol dafür, daß an den Lehrer-Bildungsanstalten der Musikunterricht erteilt wird, das musikalische Talent läßt sich jedoch nicht eintrichtern. Das Land ist in seinen Rechten betreffs der Ueberwachung des Volksschulwesens nicht geschädigt, denn es hat zwei Vertreter im Landes-Ortschaftsrathe, nur müssen dieselben, um die Interessen des Landes wahrzunehmen, an den Sitzungen des Landes-Ortschaftsrathes auch wirklich theilnehmen und nicht, so wie die bisherigen Vertreter, denselben ferne bleiben. Der Majorität des Hauses wurde im Laufe der Debatte oft die Frage vorgehalten, warum es ihr mit dem Gesetze so eile? Die Antwort hierauf ist einfach die, weil durch das Gesetz, wenn es ein Jahr früher sanctionirt wird, dem Lande 3000 fl. erspart bleiben, ein Umstand, der in einem Kronlande, das bekanntlich mit Tausendern nicht herumwerfen kann, sehr in die Waagschale fällt. Redner befürwortet aus diesen Gründen aufs wärmste das Eingehen in die Spezialdebatte.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Abg. Svetec und des Abg. Laschan abgelehnt und sohin das Eingehen in die Spezialdebatte der Gesetzesnovelle beschlossen.

Schluß der Sitzung 5 Uhr nachmittags. Nächste Sitzung Montag.

(Spenden.) Der Reichsrathsabgeordnete Herr Martin Polshewar in Gurkfeld hat dem Landespräsidium den Betrag von einhundert Gulden mit der Widmung für hilfsbedürftige Familien der einberufenen Reservisten aus Krain übergeben. — Ferner hat der allgemeine krainische Militär-Veteranenverein in Laibach dem Landespräsidium den Betrag von fünfzig Gulden mit der Widmung für Unterstützung von verwundeten Kriegern zukommen lassen und überdies zur Betheilung der Verwundeten je fünfzig Stück neue Hemden und Unterhosen an die Spitalsleitung in der Peterskaferne abgegeben.

(Philharmonische Gesellschaft.) Mit dem Anbruche des Herbstes ist auch die Konzertsaison herangerückt, und unser Musikinstitut par excellence — die philharmonische Gesellschaft — rüstet sich bereits zur würdigen Begehung derselben. Leider befindet sich heuer

